

---

# Landesnachrichten *aktuell*

---

## **BBB fordert 3% mehr Geld für bayerische Beamte!**

**Vor erneuten Reformen muss ein Zeichen der Staatsregierung stehen!**

In einer Pressekonferenz hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) die Beschlüsse des BBB-Hauptausschusses bekannt gegeben. Wesentliche Themen waren die Forderung nach einer Besoldungsanhebung um mindestens 3 % rückwirkend zum 01.01.2007 und die Festlegung von Grundsatzpositionen für die anstehende Schaffung eines bayerischen Dienstrechts in Umsetzung der Föderalismusreform. BBB-Chef Rolf Habermann betonte: "Vor jeder Reformüberlegung muss eine deutliche Besoldungserhöhung her!"

Der gesetzlich verankerte Anspruch der Beamten auf Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung gemäß der mit ihren Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung (§ 14 Bundesbesoldungsgesetz) werde von der Politik seit mehr als zwei Jahren schlichtweg ignoriert, so Habermann. Die letzte Besoldungsanpassung – in Höhe von 1 % - fand im August 2004 statt. Allein die Preissteigerung im Jahr 2006 betrug (so das Statistische Bundesamt) 1,7 %. Die tarifliche Entwicklung außerhalb des öffentlichen Dienstes übersteigt teilweise deutlich die 4%-Marke. "Das ist keine Art mit Beschäftigten umzugehen, von denen man erwartet, dass sie sich aktiv an umfassenden Reformen beteiligen", fasst Habermann zusammen. "Wir fordern hier und jetzt eine rückwirkende Anhebung von Besoldung und Versorgung zum 01.01.2007 in Höhe von mindestens 3 %."

"Wir haben klar Stellung bezogen!", meint Habermann zum zweiten Schwerpunkt der Pressekonferenz. In Umsetzung der durch die Föderalismusreform gewonnenen Kompetenzen, will Bayern ein eigenes Dienstrecht für die Landes- und Kommunalbeamten schaffen. Der Bayerische Beamtenbund, der rund 200.000 Mitglieder aus allen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Bayern vertritt, hat grundlegende Positionen erarbeitet, an denen sich das künftige Recht ausrichten soll. Durch den Beschluss des BBB-Hauptausschusses, sind sie nun verbindliche Leitlinien für die weitere Arbeit des BBB. Am Ende soll ein zukunftsfähiges Beamtentum stehen, das auch künftig seiner Rolle im demokratischen Rechtsstaat gerecht wird und das sich gleichzeitig beim Wettbewerb um kompetente Arbeitskräfte mit der privaten Wirtschaft nicht zu verstecken braucht. Ziel muss es sein, Leistungsbereitschaft und Motivation zu fördern. "Wir wollen dafür sorgen, dass der leistungsstarke und effiziente öffentliche Dienst in der Öffentlichkeit das Ansehen genießt, das er verdient. Die vorurteilsbeladene Beamtenschelte muss mit der Dienstrechtsreform ein Ende finden", verlangt der BBB-Chef.

Mit 67 in den Ruhestand? - Oder noch später?

## **BBB: Politik verkennt die Wirklichkeit!**

"Die Politik darf die tatsächlichen Gegebenheiten nicht einfach übergehen", sagt BBB-Vorsitzender Rolf Habermann anlässlich der Expertenanhörung im Bundestag zum Ruhestand mit 67. Ein Großteil der Beschäftigten erreiche nicht mal die derzeitige Altersgrenze. Wichtiger sei es, einen flexiblen Übergang in den Ruhestand zu ermöglichen, als undifferenziert die Altersgrenze nach oben zu verschieben. "Wer körperlich schlicht nicht mehr in der Lage ist, seine Arbeit zu verrichten, der wird auch durch noch so schöne Paragraphen nicht wieder einsatzfähig".

"Will man tatsächlich das Alterssicherungssystem auf dem Rücken der Schwachen sanieren?", fragt Habermann. Ohne sonstige flankierenden Maßnahmen laufe das Ganze auf eine reine Kürzungsmaßnahme hinaus. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage ist, bis ins hohe Alter zu arbeiten, zahlt die Zeche", veranschaulicht der BBB-Chef.

"Wir brauchen keinen Bundeswirtschaftsminister, der die Betroffenen noch weiter verunsichert. Wir brauchen intelligente Lösungen und keine nach öffentlicher Anerkennung heischenden Schnellschüsse", kritisiert Habermann. "Wir brauchen Initiativen, um das tatsächliche Ruhestandsalter anzuheben!" Die Quote der vorzeitig Arbeits- und Dienstunfähigen sei immer noch viel zu hoch. Daran werde eine auf Papier verordnete höhere Altersgrenze nichts Wesentliches ändern.

## **Wichtige Informationen für alle Anwärter/innen**

### **Befreiung von der Zahlung der Selbstbehalte (nur bei Anwärtern)**

Alle Anwärter können auf Antrag von der Zahlung der Selbstbehalte befreit werden. Dies gilt für Eigenanteile bei Hilfsmitteln, zum Beispiel Kompressen, für die selbst getragenen Rezeptgebühren sowie für die sog. "Praxisgebühr".

Um in den Genuss dieser Befreiung zu gelangen, müsst Ihr einen formlosen Antrag an die für Euch zuständige Beihilfestelle senden. Entscheidend ist hierbei das Antragsdatum; ab diesem Datum kann dann für die zukünftig anfallenden Selbstbehalte die Befreiung erfolgen.

Noch ein Hinweis:

Ihr erhaltet 15 % Zuschuss auf Fachliteratur von Aktion 15 – dies ist eine Aktion der DBB-Jugend Bayern.

Der Zuschuss kann nur gezahlt werden, wenn die Bestellung über die Ausbildungshilfe der DBB-Jugend Bayern erfolgt. Die Bestellung kann entweder telefonisch über die Geschäftsstelle der Deutschen Beamtenbund-Jugend Bayern oder auch über das Internet ([www.aktion15.de](http://www.aktion15.de)) unter dem Link Bestellung erfolgen.

Sobald die Bestellung bei der DBB-Jugend Bayern eingegangen ist, werden von dort die Bücher beim jeweiligen Verlag besorgt.

Die Bücher werden an den Besteller ausgeliefert und von diesem gezahlt.

Nach Übersendung der Rechnung an die DBB-Jugend Bayern unter Angabe der Kontonummer wird der Zuschuss in Höhe von 15 % des Rechnungsbetrages auf Dein Konto überwiesen.

Viel Erfolg bei der weiteren Ausbildung wünscht Euch:

Jana Herdmann (Landesjugendleiterin)

## Für die BJG am Start

Zum Auftakt des neuen Jahres überreichte der Vorsitzende des Bezirksverbandes Kempten, Bernd Hiltensberger, dem Langstreckenläufer Nico Christl vom Landgericht Kempten drei Lauftrikots um für den noch jungen Bezirksverband zu werben. Den ersten Wettkampf mit dem Logo der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft bestritt der 35-jährige Justizfachwirt am 4. Februar 2007 beim 14. Johannesbad Thermen-Marathon in Bad-Füssing, mit einer Gesamtteilnehmerzahl von über 1700 Startern eine der größten Winterlaufveranstaltungen in Deutschland. Hierbei erreichte der Kassier des BJG-Bezirksverbandes Kempten das Ziel in einer Zeit von 3:21:38 und belegt somit den Gesamtplatz 77 und den 10. Platz in seiner Altersklasse über die Marathonstrecke.

Weitere Starts für die BJG bei verschiedenen Laufveranstaltungen werden folgen, darunter als Nächstes beim Kemptener Halbmarathon am 22. April 2007.

*B. Hiltensberger, Bezirksverbandsvorsitzender*



Aus der "Neuen Presse Coburg"

## Wahlen waren enttäuschend

### Beamte von Kürzungen stark betroffen / Dienstrechtsreform steht noch nicht an

Die Hauptversammlung des Bezirksverbands Coburg der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft stand ganz im Zeichen der Neuwahlen und der Ausführungen des Landesverbandsvorsitzenden Franz Eckert zur Föderalismusreform.

Eine Reihe von Kürzungen und Einsparungen im Lohn- und Personalbereich hätte im vergangenen Jahr auch die Justizbeamten stark betroffen und weitere Personaleinsparungen würden noch bevor stehen, sagte der Bezirksvorsitzende Gottfried Schardt bei der Hauptversammlung in der Gaststätte "Ratskeller". Kürzungen im Beihilferecht, Einschränkungen der Altersteilzeit und eine ausgedehnte Wiederbesetzungssperre hätten die Beamten stark betroffen. Beamte hätten zudem seit 2004 keine Lohnerhöhung bekommen und als Ausgleich hätten sie im Jahr 2006 eine Sonderzahlung von 250 Euro erhalten. Die Diäten der Landtagsabgeordneten seien mit 139 Euro monatlich aufgrund der Entwicklung der allgemeinen Gehälter automatisch angepasst worden, stellte Schardt deutlich heraus.

Die geplante Dienstrechtsreform für Beamte lasse noch auf sich warten. Ab dem Jahr 2007 gebe es laut Gottfried Schardt Änderungen im Beihilferecht. Die umstrittene Praxisgebühr werde durch andere Eigenbeteiligungen ersetzt und je Rechnungsbeleg werden sechs Euro und je verordneten Arzneimittel drei Euro einbehalten.

Das Protokoll der letzten Hauptversammlung verlas Schriftführer Hermann Großmann und Gottfried Schardt gab als kommissarischer Kassier einen Überblick über die Finanzen des derzeit 59 Mitglieder zählenden Bezirksverbands.

Landsverbandsvorsitzender Franz Eckert (Bamberg) ging in seinem Bericht auf die Personalratswahlen 2006 ein. Das Ergebnis sei für ihn sehr enttäuschend gewesen und er hätte sich "einfach mehr erwartet". Landesweit seien mehr als 1000 Stimmzettel ungültig gewesen, betonte Eckert. Das neue EDV-System für die Justiz sei noch nicht so ausgegoren wie erwartet. "Die Anwendung macht mehr Arbeit und es dauert länger", waren seine Worte.

**Das Ergebnis der Neuwahlen:**

1. Vorsitzender Gottfried Schardt, 2. Vorsitzender Alexander Gröger, 3. Vorsitzender Rudolf Kaspar, Schriftführer Hermann Großmann, Kassier Gottfried Schardt und Kassenrevisoren Ingrid Weiß und Ursula Wagner.

*Mit freundlichen Grüßen*

*Franz Eckert, Landesvorsitzender,*

*Reinhard Schatzl, stv. Landesvorsitzender,*

*Hans-Joachim Freytag, stv. Landesvorsitzender*